

349191 und für Anzeigen 341015

Das Wetter morgen

Wechsliche Bewölkung. Gewitterneigung. Temp. um 22 Grad

# Wo findet die Segel-Olympiade 1972 statt? / Kontroverse zwischen Kiel und Lübeck (Seite 5)

# Altet in deutschlandfrage

# Polizei verstärkt den Schutz für Kinder

## Notparlament soll üben

Von unserer Bonner Redaktion

Das in der noch ausstehenden Verfassungsverfassung vorgesehene „Notparlament“ wird im kommenden Herbst probeweise zusammenzurufen. Das Bundesministerium bestätigte, daß der geplante „Gemeinsame Ausschuß“ — so heißt das Notparlament offiziell — während des NATO-Herbstmanövers „Fallex 66“ tätig werden soll.

Der „Gemeinsame Ausschuß“ ist in den Plänen der Bundesregierung für den Fall des äußeren Notstandes vorgesehen. Er soll gewährleisten, daß auch im Ernstfall eine parlamentarische Gesetzgebung und Kontrolle erhalten bleibt.

Der Ausschuß wird sich aus 22 Abgeordneten des Bundestages — 11 Abgeordnete der CDU/CSU, 6 der SPD und 5 der FDP — und je einem Vertreter der elf Bundesländer zusammensetzen. Nach Inkrafttreten der Verfassung soll dieser Ausschuß sofort seine Arbeit aufnehmen. Seine Mitglieder und deren Stellvertreter sollen sich dann ständig in Bonn aufhalten, damit das Gremium kurzfristig einberufen werden kann.

Durch das probeweise Zusammenrufen des im Gesetz noch zur nicht verkündeten und auch noch nicht offiziell gewählten „Notparlamentes“ soll festgestellt werden, ob die geplante Gesetzgebung für den Notfall auch tatsächlich durchführbar ist.

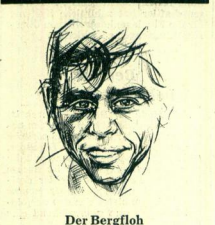
Während CDU/CSU und FDP bereits grundsätzlich zugestimmt haben, scheinen bei der SPD allerdings noch Bedenken zu bestehen. Offenbar befechten die Sozialdemokraten ihre Teilnahme an dem „Planisip“ könnte bereits als Zustimmung zur Notstandssetzung aufgefaßt werden.

## Jeder siebte Lehrstuhl bleibt unbesetzt

United Press International

Jeder siebte Lehrstuhl ist zu Zeit an den Universitäten der Bundesrepublik unbesetzt. Bundesforschungsminister Stillerbergt erklärte gestern an einer SPD-Anstifter mit, daß im Wintersemester 1965/66 von 4398 Lehrstühlen 654 nicht besetzt waren.

## Menschlich gesehen



Der Bergfloh  
Als man ihm am Sonntagabend das Gelbe Trikot des Spitzreiters der Tour de France überstreifte, hatte er Tränen in den Augen. „Ein Traum meines Lebens hat sich erfüllt“, sagte Karlheinz Kunde, der nach Rudi Altig der zweite deutsche Trikotträger dieser Tour ist.

Der glockenbläuliche Kölner hatte es bisher als Profi des Radsports recht schwer. Als Amateurläufer er jahrelang zur Weltspitze gehörte, aber als er vor drei Jahren Profi wurde, beachtete man den Blondschof vom Rhein zunächst kaum. Mit seinen 1,59 Metern ist er fast einen Kopf kleiner als viele Kollegen aus Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich und deshalb leicht zu übersehen. Lange Zeit mußte deshalb bei den Veranstaltern um Verträge kämpfen, und die bräunte er dringend, um seine Schilddrüse, die er als Bergfloh bekannt ist.

# Ostgipfel?

## Geheimgespräche zwischen Sowjets und Rumänen

United Press International

Bukarest, 5. Juli

Schon am ersten Tag der „roten Gipfelkonferenz“ in Bukarest scheint es zu einem schweren Konflikt gekommen zu sein. Unbestätigten Meldungen zufolge sollen sich die Rumänen für eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands und gegen die sterile Anti-Bonn-Politik ausgesprochen haben.

Die Zone, aber auch Polen und die Tschechoslowakei, sollen sich dieser Anregung heftig widersetzt haben. Die erste Vollstzung der Konferenz dauerte überraschenderweise nur knapp eine Stunde. Dann kam es zu einem dreistündigen geheimen Gespräch zwischen den Sowjets und den Rumänen, so heißt es, habe sich strikt geweigelt, wieder einmal den angeblichen westdeutschen „Revanchismus“ zu

und Parteichef Novotny als erster den Palast. Offenbar verärgert, suchte er auf dem Parkplatz nach seinem Wagen. Nach und nach verließen auch die anderen Delegierten das Konferenzgebäude.

Das sowjetisch-rumänische Zwiesgespräch führte KP-Chef Breschnew und Ministerpräsident Kosygin auf der einen, der rumänische Parteichef Ceausescu und Regierungschef Maurer auf der anderen Seite. Nur einige ihrer engsten Berater nahmen teil. Irgehende Erklärung über das dreistündige Gespräch wurde nicht gegeben.

Nur eine Handvoll Rumänen stand gestern nachmittag vor dem schwarzen Eisen Tor des ehemaligen Königsschlosses, das heute „Palast der Republik“ heißt, um die Auftakt der kommunistischen Prominenz zu beobachten. Als erster traf der gastgebende rumänische Parteichef Nikolae Ceausescu in einem Mercedes 600 ein. Alle übrigen Parteiführer — Breschnew, Ulbricht, Kadar, Gomulka, Nowotny und Schwizkow — kamen in schwarzen sowjetischen Tschelika-Limousinen.

Auffallend groß war die Abordnung der Sowjet-Armee. Außer Verteidigungsminister Malinowski und dem Oberkommandierenden der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Gretscho, fuhren drei hohe sowjetische Offiziere vor.

Die Zonen-Vertretung ist unübersichtlich. Außer SED-Chef Ulbricht, Ministerpräsident Stoph, Außenminister Wintzer und Verteidigungsminister Hoffmann ist auch SED-„Kronprinz“ Erich Honecker.



L. Breschnew, N. Ceausescu

verurteilen, zumal Bukarest auch zur Bundesrepublik bessere wirtschaftliche Beziehungen im Rahmen seiner beweglichen Politik anstrebt. Die Rumänen sollen angeregt haben, die Bukarester Konferenz möge formell eine Konföderation der beiden deutschen Staaten vorschlagen.

Die Rumänen sollen ihren Bündnispartnern deutlich zu verstehen gegeben haben, daß sie engere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Zone als eine Vorbedingung für bessere Kontakte zwischen West- und Osteuropa ansähen. Eine solche Entwicklung könnte nach ihrer Ansicht zu einer schrittweisen Verringerung der Streitkräfte beiderseits des Eisernen Vorhangs und schließlich sogar zur Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes führen.

Die rumänischen Ansichten sollen einige Sympathie bei Ungarn und Bulgarien genießen, die ebenfalls an westdeutschem Kapital interessiert sind und mit Deutschland keine gemeinsamen Grenzen besitzen.

Nach der knapp einstündigen Sitzung verließ der tschechoslowakische Staats-



## Ein Souvenir für die Braut

Souvenir, Souvenir! Wenn man mit dem Flugzeugträger „Randolph“ in Hamburg vor und dort Landgang hatte, kommt man nicht darum herum, zu Haus, jenseits des Großen Teiches, erwarten vor allem die Freundinnen, daß der Seesack auch ein Mitbringsel für sie birgt. Möglichst „persönlich“ muß es sein, darüber waren sich unsere drei Mariner klar. Nach langem Auswählen entschieden sie sich gestern in einem Hamburger Warenhaus für ganz „Persönliches“ für hochdünne Nachhender. Und versicherten sich gegenseitig, daß ihnen wirklich nichts Hübscheres hätte einfallen können.

Foto: Gisela Foto

# Berlin stark befremdet über Bonner Ablehnung

## Kommt es zum Streit über Passierschein-Regelung?

Von unserer Berliner Redaktion

wy. Berlin/wst. Bonn, 5. Juli

Mit starkem Befremden hat der Berliner Senat die Bonner Ablehnung der neuen Übereinkunft über die Passierscheinstelle für dringende Familienangelegenheiten angenommen. Die Bundesregierung hatte dem Entwurf gestern nach längeren Beratungen ihre Zustimmung versagt und den Senat aufgefordert, neue Verhandlungen mit der Zone aufzunehmen. Der Berliner Senat Zonen aufzunehmen. Der Berliner Senat Zonen aufzunehmen.

Wie heute früh zu erfahren war, wird sich der Senat aller Voraussicht nach vorerst weigern, dem Wunsch der Bundesregierung nach neuen Gesprächen mit Zonen-Staatssekretär Kohl nachzugehen.

kommen. Vielmehr soll zuerst versucht werden, die Bundesregierung doch noch davon zu überzeugen, daß der gegenwärtige Entwurf des Passierscheinabkommens unterzeichnet werden kann.

In Berlin wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß es darüber in den nächsten Tagen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Senat und Bundesregierung kommt.

In Berlin ist man über die Haltung Bonns besonders deshalb enttäuscht, weil man nach der Zustimmung der Alliierten und des Bundesbevollmächtigten in Berlin, des Staatssekretärs Krauß, mit einer Zustimmung des Bundeskabinetts gerechnet hatte. Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Mattek erklärte: „Wir bringen kein Verständnis für die Entscheidung der Bundesregierung auf.“

Die Ablehnung des Entwurfs wird in Bonn damit begründet, daß darin auf die ausdrückliche Wiederaufnahme der sogenannten „Salvatorischen Klausel“ verzichtet wird. Diese Klausel besagt, daß zwischen Ost und West eine Einigung über die gegenseitigen Orts- und Amtsbeziehungen erzielt werden könne. Damit soll eine politische Anerkennung der Zone verhindert werden.

In dem von Senatsrat Korber und Zonen-Staatssekretär Kohl in der vergangenen Woche nach stundenlangen schwierigen Verhandlungen vereinbarten Entwurf wird lediglich auf das inzwischen abgefallene Passierscheinabkommen von 7. März Bezug genommen, das diese Klausel enthält.

Wie in Bonn dazu erklärt wurde, hat das Kabinett in seiner gestrigen Sitzung Verbesserungsvorschläge zu dem Abkommens-Entwurf erarbeitet und an den Berliner Senat weitergeleitet. In den Mitteilungen des Bundespreschnew von Hase ging lediglich hervor, daß die Bundesregierung nicht innehmen wolle, daß der „politische Status quo gemindert“ werde.

## Vorbörse heute

Knapp behauptet

Eigener Bericht

Hamburg, 5. Juli  
Am vorberlinischen Telefonverkehr der Hamburger Banken wurden heute vornehmlich überwiegend knapp behauptete Aktienkurse gesprochen bzw. bezahlt: Amlin 270 B (21 B), Bayer 290 B (22 B), Hoechst 388 G 390 B (390 B), AEG 368 G 370 B (370 B), Siemens 396 G 398 B (398 B), VW 412 G 414 B (412 B), VEB 169 G 171 B (170 B), junge Luft-hansa 238 G 240 B (239 B).

# Demonstranten vor US-Generalkonsulat



Zu turbulenten Ausschreitungen kam es in den gestrigen Abend- und Nachstunden vor dem amerikanischen Generalkonsulat am Alsterufer. Rund 500 Demonstranten, offenbar angeführt von linksradikalen Elementen, protestierten gegen im Anschluß an eine Studentenkundgebung im von-Meile-Park gegen die amerikanische Vietnam-Politik. Als die Demon-

# HSV setzt Belohnung aus

Eigener Bericht

co. Hamburg, 5. Juli

Der Hamburger Sportverein hat 3000 D-Mark-Belohnung zur Errettung des Mörder von Margarethe Ulbricht ausgesetzt. Auch die Staatsanwaltschaft in Kiel will noch eine Belohnung aussetzen.

Bei den Ermittlungen in diesem mysteriösen Mordfall hat die Kriminalpolizei ein Werkzeug gefunden. Sie teilte bisher jedoch nicht mit, um welches Werkzeug es sich handelt und wo es gefunden wurde.

Eigener Bericht

Ein neuer Sittensverbrechen an dem 14 Jahre alten Schüler Klaus J. von Ahrensburg hat heute früh die Hamburger Polizei alarmiert. Sie ordnete neue Maßnahmen an, um Jungen und Mädchen vor Verbrechen dieser Art besser als bisher schützen zu können. An alle Hamburger Eltern ergehen folgende Befehle:

- Ab sofort haben die Fußstreifen in besonderem Maße auf Personen an den Kinderspielflächen zu achten.
- Die Besatzungen der Funkstreifenwagen sollen besonders auf Kinder achten, die sich in Begleitung verdächtiger Männer befinden.
- Der Verkehrskasper stellt sich um. Er soll jetzt die Schaulustler mit Nachdruck auf die Gefahren hinweisen, die von den sogenannten Mitschnackern ausgehen.
- Die Polizei appelliert außerdem eindringlich an alle Eltern: Jeden Tag die Kinder vor dem „lieben Onkel“ warnen und sie aufhalten über die Art der Verbrechen, die sich in letzter Zeit wieder häufen.

# Neue Attacke aus Prag

Deutsche Presse-Agentur - ap

Prag, 5. Juli

Die Tschechoslowakei hat der Bundesregierung in einer amtlichen Erklärung abermals vorgeworfen, die ihrer Friedensnote vom März geäußerte Hoffnung auf eine Verbesserung der bestehenden Beziehungen sei nicht ergebnislos geblieben.

Die Tschechen begründen diese Auffassung mit einem Hinweis auf Vertretungs-Treffen in der Bundesrepublik. Die Bundesregierung habe sich von den dort vorgeschrittenen Abständen nicht distanzieren, sondern mehrere Bundesministern hätten sogar an diesen „revanchistischen Treffen“ teilgenommen.

# Keine Sicherheit bei Teilung

Deutsche Presse-Agentur - Reuters

Philadelpia, 5. Juli

Keine europäische Sicherheitsregelung kann das deutsche Problem lösen. Das erklärte der stellvertretende amerikanische Außenminister George Ball in einer Rede zum amerikanischen Unabhängigkeitstag.

Ball betonte, daß ein langfristiges Abkommen zwischen Deutschland und dem westlichen Europa, das die Partnerschaft mit den USA gegen die Bemühungen der Sowjetunion zu dem zweiten Weltkrieg unerläßlich.

# Rektoren beraten über Studienreform

Eigener Bericht

Hamburg, 5. Juli

Die Rektoren der westdeutschen Universitäten beginnen heute in Hamburg mit dreitägigen Beratungen über die geplante Studienreform.

Der Plenarversammlung der westdeutschen Rektorenkonferenz liegt eine Reihe von Rektorenentwürfen des Wissenschaftsrates vor, der Mitte vergangener Monats unter anderem vorgeschlagen hat, das Hochschulstudium in drei in Stufen zu gliedern: ein Grundstudium für alle Studenten, ein Aufbaustudium für besonders qualifizierte Studenten und ein Kontaktstudium für die schon im Beruf stehenden Akademiker.

Andere Punkte der Tagesordnung auf der Hamburger Rektorenkonferenz sind die Volkshochschulherbildung, die Verlegung der Vorlesungszeiten und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

# Kurz informiert

## Gemeinsame Entwicklungshilfe

Für eine weitere Zusammenarbeit zwischen staatlicher und kirchlicher Entwicklungshilfe haben sich Kardinal Frings und Bundesminister Scheel ausgesprochen. Von den deutschen Katholiken sind durch Pastoralien seit 1959 rund 385 Millionen DM aufgebracht worden. (dpa)

## 200 Millionen Wohngeld

Im ersten Halbjahr 1966 haben Bund und Länder 200 Millionen DM für Miet- und Lastenzuschüsse aufgewandt. (dpa)

## Peking lädt Touristen aus

In Telegrammen an Pariser Reisebüros haben Peking Behörden geplante Touristenreisen nach China abgelehnt. Die Ausländer sind Kardinal Frings und Bundesminister Scheel ausgesprochen. Von den deutschen Katholiken sind durch Pastoralien seit 1959 rund 385 Millionen DM aufgebracht worden. (dpa)

## Abkommen Zone-Peking

Ein Protokoll über die technische-wissenschaftliche Zusammenarbeit in den Jahren 1966 bis 1970 zwischen der Zone und Ost-China in Ost-Berlin unterzeichnet worden. (dpa)